

Originalveröffentlichung in: Edgar Wolfrum, Das westdeutsche Geschichtsbild entsteht. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und neues Staatsbewusstsein in den 60er Jahren, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik, Schöningh, Paderborn u.a. 2003, S. 227-246.

Edgar Wolfrum

Das westdeutsche „Geschichtsbild“ entsteht. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und neues bundesrepublikanisches Staatsbewusstsein

1. National-kulturelles Geschichtsbild

„Wir sind in der Geschichte die zu kurz gekommenen. Was anderen Völkern vor Jahrhunderten zuteil geworden ist, die nationale Einheit, blieb uns versagt durch die Ungunst der Geschichte. Wir haben uns unserer Geschichte nicht zu schämen. Es ist nicht wahr, dass es deutsche Schuld ist, was über die Welt gekommen ist. Die Kriege 1864 und 1866 waren Etappen zur deutschen Einheit. Es waren innerdeutsche Auseinandersetzungen. Dann der Krieg 1870/71. Napoleon III. hatte den Krieg erklärt und Bismarck, der kluge, überlegene Staatsmann, hatte diese Kriegserklärung einkalkuliert in seine Politik. 1914 sind die Völker in den unheilvollen Krieg hineingeschliddert Dann der zweite Weltkrieg. Nicht das deutsche Volk hat ihn gewollt, sondern nur ein Mann. Wo aber liegen die Gründe dafür, dass Hitler an die Macht kam? Sie treffen nicht das deutsche Volk. Es lag an den Siegermächten von Versailles, die den Sieg nicht nutzen konnten.“¹

Sicherlich, was der Politiker Thomas Dehler in diesem (militär-)historischen Kolleg kundtat, lief auf eine selbst für die Mitte der fünfziger Jahre recht ungewöhnliche nationale Apologetik hinaus, weil die sonst immer gleichzeitig üblichen „Gedanken zur einer Selbstbesinnung der Deutschen“² vollkommen fehlten. Der liberale Parteivorsitzende hatte natürlich auch Rücksicht zu nehmen auf die im Wesentlichen national ausgerichtete Klientel der FDP in der frühen Bundesrepublik,³ deren Erwartungen er so trefflich erfüllte. Und dennoch versammelten sich in seiner Rede viele Elemente, die in der Selbstdeutung der Westdeutschen nach 1945 eine große Rolle spielten, bevor Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre immer stärker Bruchlinien sichtbar wurden.⁴

- 1 Thomas Dehler, „Das ist nicht wahr!“, in: Lippische Landeszeitung, 20.6.1955. Es handelt sich um den Abdruck einer Rede, die Dehler, Bundesvorsitzender der FDP, auf einer Kundgebung der Partei zum ‚Tag der Deutschen Einheit‘ vor der Kulisse des Hermann-Denkmal bei Detmold gehalten hat. 15000 Menschen waren seinen Worten vor Ort gefolgt.
- 2 Hermann Heimpel, Gedanken zu einer Selbstbesinnung der Deutschen, in: Die Sammlung 10 (September 1955), S. 425–429.
- 3 Dazu Udo Wengst, Thomas Dehler (1897–1967). Eine politische Biographie, München 1997.
- 4 An dieser Stelle muss ein Wort zum Begriff des ‚Geschichtsbildes‘ fallen. Die pluralistische Bundesrepublik ist kein homogenes Subjekt, daher kann es auch kein konsistentes Geschichtsbild geben, was etwas Dogmatisches hätte. Die Vielheit von Geschichtsbildern in einer Gesellschaft ist kaum zu erfassen, es müsste nicht nur nach regionalen, sondern auch nach generationellen, konfessionellen, geschlechtsspezifischen usw. Aspekten unterschieden werden; gleichwohl existieren sich im Zeitverlauf verändernde, dominierende Deutungsachsen

Die Mehrzahl der historischen Fachvertreter, allen voran die damals bekanntesten wie Gerhard Ritter, Theodor Schieder, Werner Conze, aber auch Hans Rothfels, betrachtete den Nationalstaat als das natürliche Ziel deutscher Politik im 19. Jahrhundert.⁵ Aus Sorge über einen obsiegenden politischen und geistigen Nihilismus infolge des Werteverfalls durch den Nationalsozialismus sahen sie ihre Aufgabe darin, der Nation verbindliche Geschichtsbilder zu liefern, die gleichermaßen vor Selbstentehrung und Selbstüberhebung schützen sollten. Wenn, wie tonangebende Sozialphilosophen der Nachkriegszeit meinten, durch Technisierung und Vereinzelung in der modernen Gesellschaft ein allgemeiner Gemeinschafts- und Sinnverlust voranschritt, wenn sich zudem das historische Denken der Westdeutschen infolge der geschichtlichen Erfahrungstiefs in einer kaum zu bewältigenden Krise befand, wenn also aus verschiedenen Ursachen heraus der „Verlust der Geschichte“⁶ drohte, dann hatte die Stunde der Volkspädagogen, der *Praeceptores Germaniae*, geschlagen. Zumal in Anbetracht der deutschen Teilung wurde von ihnen Geschichtsbewusstsein und Nationalbewusstsein in eins gesetzt, nur so ließ sich offenbar die Zeit der temporären Spaltung – und dass diese zeitlich sehr begrenzt sein würde, daran zweifelte zunächst niemand – unbeschadet überstehen. Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts galt als sinnvolle und zielgerichtete Entwicklung, und das Deutsche Kaiserreich verkörperte alles in allem die guten Traditionen der Deutschen. Infolge einer verhängnisvollen Verkettung seien 1914 alle europäischen Großmächte in den Weltkrieg hineingeraten, der spätere ‚Schmachparagraph‘ des Versailler Friedensvertrages, die ‚Kriegsschuldfrage‘, habe das deutsche Nationalgefühl aufs schwerste belastet und den Aufstieg Hitlers erst ermöglicht. So schälte sich in Historiographie, Politik und Öffentlichkeit eine wahre Rechtfertigungsideologie heraus, und die Unschulds-These bildete den zentralen Kern der nationalapologetischen Diskontinuitätskonstruktion vom Kaiserreich zum ‚Dritten Reich‘. Das Bewusstsein von der relativen oder gar absoluten Unschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg spielte im Selbstverständnis der Westdeutschen deshalb eine so herausragende Rolle, weil es an der Kriegsursache des Zweiten Weltkrieges keinerlei Zweifel gab. Bismarckreich und Nationalsozialismus waren durch hermetische Schotten voneinander getrennt, keine Kontinuität verband die eine Periode mit der anderen, Bismarck und das von ihm geschaffene Reich gehörte, so Hans Rothfels, zu der „Anti-Hitler-Welt“.⁷

und Interpretationsmuster, existieren konsensfähige Auffassungen und solche, die unangemessen erschienen oder gar ausgegrenzt wurden – und um diesen Kontext geht es hier. – Zum Gesamtzusammenhang: Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

5 Ernst Schulz hat dies auf den Begriff des „moralisch gezähmten Historismus“ gebracht; vgl. ders., *Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken*, Göttingen 1979, S. 40; Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989; Sebastian Conrad, *Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960*, Göttingen 1999. Christoph Cornelißen/Gerhard Ritter, *Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001.

6 Alfred Heuss, *Verlust der Geschichte*, Göttingen 1959. Zum Kontext: Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995.

7 Hans Rothfels, *Probleme einer Bismarck-Biographie*, in: Lothar Gall (Hg.), *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Köln 1971, S. 81.

Das die Alliierten mit den ‚Irrtümern‘ der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam dieses Bismarckreich gespalten hatten, wurde als das große Unrecht veranschlagt. So erschien die deutsche Nation als Opfer der Siegermächte, namentlich der Sowjetunion. Aber auch als Opfer Hitlers, keinesfalls jedoch als Mittäter, sahen sich die Westdeutschen, und die Hypothese vom unterdrückten Volk durchzog leitmotivisch die Geschichtsschreibung⁸ wie den politischen Diskurs.⁹ Das NS-Regime ließ sich nur als Fremdkörper aus der nationalen Geschichte eliminieren, Hitler erschien als „ein aus der Tiefe hervorgurgelter Dämon“.¹⁰ Der Wehrmacht, deren tapfere Soldaten sich einer verantwortungslosen Führung gegenüber sahen, bescheinigte man in dem von ihr geführten „normalen Krieg“ patriotisches Handeln,¹¹ ja unter dem Eindruck des Kalten Krieges konnte der Zweite Weltkrieg zuweilen sogar als deutscher Beitrag zu einer antikommunistisch-europäischen Einigung interpretiert werden. Andererseits gelang es nur allmählich, vom national-konservativen Widerstand des 20. Juli 1944 das Stigma des ‚Landesverrats‘ zu nehmen, das ihm in der Öffentlichkeit anhaftete. Besonders die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten war ein Thema, das angesichts der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen bis in die Alltagskultur hinein reichte. Die durch finanzielle Mittel des Bundes geförderte und unter der Leitung von Theodor Schieder stehende Dokumentation der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße stellte das umfangreichste zeithistorische Projekt der 50er Jahre dar.¹² Vom Holocaust hingegen war bis Ende der 50er Jahre kaum die Rede, auch in der westdeutschen Geschichtswissenschaft wurde nicht bevorzugt über ihn geforscht,¹³ gleichwohl herrschte Einigkeit unter den Historikern, dass zum Nationalsozialismus nur noch wenige Fragen ungeklärt waren. „Es gibt vielleicht keinen Zeitraum der deutschen Geschichte, über den wir so viel wissen wie über die Jahre 1933 bis 1945 ... Gewiss mögen noch manche Einzelzüge korrigiert werden. Es gibt noch manche Figuren, über die wir gerne Genaueres wüssten. Aber was geschehen ist, steht doch in allem Wesentlichen fest“, schrieb Karl Dietrich Erdmann 1961.¹⁴

8 Conrad, Auf der Suche, S. 133 ff.

9 Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 185 ff.

10 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.5.1955.

11 Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westbindung in der Ära Adenauer, Hamburg 1994, S. 232 ff.

12 Vgl. Theodor Schieder, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 1–16; Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, bearb. v. Theodor Schieder, Bonn 1954–1962. Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik mit Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: VfZ 46 (1998), S. 345–389.

13 Ulrich Herbert, Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland, in: ders./Olaf Groehler, Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 7–28. Nikolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003.

14 Karl Dietrich Erdmann, Das Dritte Reich im Zusammenhang der deutschen Geschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 12 (1961), S. 405–418, hier S. 405.

Eine der wichtigsten Säulen im Geschichtsbild Westdeutschlands bildete schließlich die Totalitarismustheorie, die der ideologische und geschichtskulturelle Kitt war, der die Kanzler-Demokratie zusammenhielt. Nicht nur, dass die Gleichsetzung von ‚Hitlerismus‘ und Stalinismus der deutschen Vergangenheit einiges von ihrem Stachel nahm, die Dominanz der Totalitarismustheorie drückte außerdem eine Versöhnung des Antimodernismus der dreißiger Jahre mit der Demokratie der fünfziger Jahre aus; die Furcht vor der Moderne, die ‚Vermassung‘, ließ sich auf den sozialistischen Block projizieren und führte zu einem Arrangement mit der konservativen Demokratie der Adenauerzeit.

Die Traditionen der Reichsnation blieben noch lange nach 1945 virulent, Endmoränen reichten weit in die 50er Jahre hinein. Folgenreicher erwiesen sich jedoch die Ursprünge eines kleinstdeutschen Geschichtsbildes im Zeichen von Europadiskurs und Abendland-Idee. Denn diese historiographische Westverschiebung gleichsam von Berlin nach Bonn überwand nicht nur die alten Ideen eines strukturell vom Westen unterschiedenen deutschen Volkes in der Mitte Europas, sondern konnte zugleich auch Ostdeutschland mit der Begründung ausklammern, es gehöre gar nicht zum westeuropäischen Kulturkreis.¹⁵ Die Renaissance des Abendlandes¹⁶ als das Signum der freien Welt stieß auf breite Resonanz, weil hier eine Chiffre gefunden worden war, mit der man sich vom kommunistischen Osteuropa abgrenzen und – betrachtet man die politische Sphäre – die Bundesrepublik als eine Art karolingisches Missionszentrum am Rhein etablieren konnte, deren wichtigste Aufgabe der Kampf gegen das antichristliche Asien sei, das in dieser Sicht bereits hinter der Elbe begann.

Betrachtet man die 50er Jahre unter geschichtskultureller Perspektive, so waren sie, anders als in anderen gesellschaftlichen Bereichen, mitnichten eine „Zeit aufreger Modernisierung“,¹⁷ sondern ein häufig genug seltsamer Mix von Altem und Neuem, bei dem das Alte freilich weit überwog und sich z. B. die Plädoyers für eine Revision des Geschichtsbildes meistens darin erschöpften, von der nationalsozialistischen Geschichtsklitterung Abstand zu gewinnen, aber ansonsten eine am Nationalstaat orientierte Politikgeschichte weiterhin den Vorzug zu geben. Es lässt sich auch nicht von den „langen“, bis weit in das folgende Jahrzehnt hinein reichenden „fünfziger Jahren“ sprechen, wie es mit Blick auf die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik geschehen ist,¹⁸ denn bereits seit 1958 setzten Transformationsprozesse ein, die zu Beginn der 60er Jahre rasch an Fahrt und Wucht gewannen. Diese Veränderungen im historisch-politischen Koordinatensystem der Republik lassen sich richtig erst in einer Gesamtperspektive erfassen. Daran hat es bisher gemangelt. Teilbetrachtungen werden für das Ganze ausgegeben. Sozialpsychologische Erklärungen etwa, wonach

15 Vgl. die vehementen Attacken von Hermann Heimpel gegen diese „Limesideologie“ in der Bundesrepublik, in: ders., *Kapitulation vor der Geschichte? Gedanken zur Zeit*, Göttingen 1956; ebenso Margret Boveri, *Die Deutschen und der Status quo*, in: *Der Spiegel* Nr. 26, 23.6.1954.

16 Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999.

17 Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2)*, Stuttgart 1981, S. 382.

18 Werner Abelshausen, *Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966*, Düsseldorf 1987.

eine nicht-verarbeitete Schuld die politische Kultur der bundesdeutschen Demokratie nachhaltig beschädigt habe,¹⁹ müssen sich zurecht fragen lassen, ob nicht die real-geschichtliche Entwicklung der Bundesrepublik diese These gründlich widerlegt.²⁰ Auch die von Historikern gern betriebene historiographische Nabelschau stösst, weil sie den Elfenbeinturm selten durchbricht, schnell an Erklärungsgrenzen.²¹ Andererseits reicht es ebensowenig aus, sich einige herausragende Politikerreden herauszugreifen und von dieser methodischen „Höhenkammwanderung“ auf die gesellschaftliche Erinnerung zu schließen.²² Zu guter Letzt: Das Politische erschöpft sich auch nicht im Regierungshandeln und der Verabschiedung von vergangenheitspolitischen Gesetzen.²³ An unterschiedlichen, jedoch permanent ineinanderfließenden Bereichen zerbrach das national-kulturelle Geschichtsbild: an historiographischen Revisionen, an Skandalwellen und daraus resultierenden kollektiven Lernerfahrungen, an der Neufocussierung der deutschen Frage und an der Entstehung eines neuen, eines bundesrepublikanischen Staatsbewusstseins. Nur aus heuristischen Gründen werden im Folgenden diese vier Bereiche getrennt behandelt, aber erst wenn alle diese Bereiche gemeinsam in den Blick genommen werden, lässt sich erklären, warum und unter welchen Konflikten das spezifisch westdeutsche Geschichtsbild entstand.

2. Katalysatoren des Wandels

2.1 Historiographische Revisionen

Ablesen lässt sich die Transformation der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft seit dem Ende der 50er Jahre an aufsehenerregenden Werken, die öffentliche Kontroversen entfachten, besonders die Bücher von Fritz Fischer und Ernst Nolte, sowie an den Arbeiten und Kommentaren von Zeitkritikern, die im politisch-publizistischen Kreuzfeuer standen, in erster Linie Golo Mann und Karl Jaspers.²⁴

Golo Mann, den der Dramatiker Rolf Hochhuth später als den „maßgebenden Erzieher“ der jüngeren Generation bezeichnete,²⁵ wollte sein journalistisches Werk und

19 Die These geht zurück auf Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967; sie wurde jetzt wieder vorgebracht von Gesine Schwan, *Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens*, Frankfurt a. M. 1997.

20 So Kurt Sontheimer, *So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik*, München 1999, S. 46 ff.

21 Das gilt auch für die neueste Arbeit: Conrad, *Auf der Suche*.

22 Dies ist das Problematische bei Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998.

23 Dazu Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

24 Karl Dietrich Brachers *Untersuchung zur „Auflösung der Weimarer Republik“* von 1955 hatte ebenfalls gegensätzliche Bewertungen erfahren und war ein Meilenstein auf dem Weg von der traditionellen historistischen hin zur strukturgeschichtlichen Methode. Im Unterschied zu den Kontroversen, die im Folgenden behandelt werden, entzündete sich hierbei aber ausschließlich eine fachinterne Debatte, die kaum an die Öffentlichkeit drang.

25 Rolf Hochhuth, *Ein Klassiker wird achtzig. Was meine Generation von Golo Mann gelernt hat*, in: *Hochschul-Welt* Nr. 5 (1989), S. 4.

sein großes Buch aus dem Jahre 1958, die „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“, als einen Beitrag sehen, die „Geschichtslosigkeit“ der 50er Jahre zu durchbrechen.²⁶ Der konservative Zeitkritiker war bestürzt vom Unwillen der Bevölkerung und der Politik, der NS-Vergangenheit in die Augen zu blicken, denn gerade aus der Geschichte des Dritten Reiches ließ sich eine moralische Lehre ziehen. Der Vergangenheit schrieb Mann eine prononciert politische und gesellschaftliche Funktion zu: „Geschichte soll uns nicht nur zeigen, was wir sind; sie soll uns auch zeigen, was wir *nicht* mehr sind.“²⁷ Golo Mann rief die deutsche Bevölkerung dazu auf, die schuldbeladene Geschichte nicht zu vergessen oder in Gleichgültigkeit untergehen zu lassen, und sein Geschichtspanorama dürfte tatsächlich, wie Karl Jaspers meinte, das Bewusstsein der Nation verändert haben, aber nicht etwa deshalb, weil Mann besonders radikal gewesen wäre, sondern weil er ein gemäßigter Tabubrecher war. In Vorträgen und unzähligen Artikeln wandte er sich vehement gegen die These eines ‚deutschen Sonderweges‘, den vor allem der britische Historiker A. J. P. Taylor in seinem Buch „The Course of German History“ gezeichnet hatte. Für Taylor war es seit 1848 nur noch eine Frage der Zeit, wann in Deutschland ein Terrorregime installiert werden würde. Golo Mann hielt dagegen:

„Wie ein verfluchtes Haus, ein Mörderhaus, von dem die Dorfbewohner wegsehen, und das doch in ihrer Mitte ist, so steht das ‚Dritte Reich‘ in der Erinnerung der Deutschen; und steht wie eine Mauer zwischen der Gegenwart und aller früheren Vergangenheit. ... Fassen wir also das Mörderhaus, das inmitten unserer Gemeinde steht, festen Blicks ins Auge. Leugnen wir nicht, was in ihm vorgegangen ist. Glauben wir aber auch nicht, es hätten alle Wege der deutschen Geschichte mit Notwendigkeit diesem einen schlechten Ende zugeführt.“²⁸

Diese Verteidigung der deutschen Geschichte vor Hitler war die eine Seite; aber die andere Seite sprach Mann ebenso deutlich an:

„Einfach bleibt diese Wahrheit. Unter der Anleitung Hitlers sind von Deutschen Verbrechen begangen worden, wie sie in christlichen Zeiten kein anderes Herrschaftssystem sich hat zuschulden kommen lassen, auch der Bolschewismus in seiner ärgsten Zeit nicht, und durch die der tiefste dem Menschen erreichbare Punkt an Schuld und Schande erreicht wurde.“²⁹

Golo Mann, so lässt sich abkürzend bilanzieren, schlug Schneisen im öffentlichen Bewusstsein, auf denen später diejenigen voranschreiten konnten, die im Laufe der 60er Jahre die historischen Festungswerke abtrugen.

Vergleichbares gilt für den Jaspers-Skandal aus dem Jahre 1960.³⁰ Der Basler Philosoph ging nicht nur mit der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik scharf ins Ge-

26 Zum Wirken und zur öffentlichen Wirkung von Golo Mann: Jeroen Koch, Golo Mann und die deutsche Geschichte. Eine intellektuelle Biographie, Paderborn 1998.

27 Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1958, S. 13 f.

28 Ebd., S. 12.

29 Ebd., S. 962.

30 Ausführlich dazu Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 226 ff.

richt, die seiner Meinung nach in politisch unverantwortlicher Weise danach trachtete, den Bismarckschen Nationalstaat wiederherzustellen, sondern in einer Art Neuauflage hegelianischer Geschichtskonzeption prangerte Jaspers das Streben nach Wiedervereinigung als ethisch-moralisch unzulässig an. Infolge des ‚Dritten Reiches‘ hätten die Deutschen kein Recht mehr auf einen Nationalstaat. Durch Hitler, durch den Vernichtungskrieg und durch Auschwitz waren Jaspers zufolge die Deutschen selbst verantwortlich für die Spaltung der Nation und war die deutsche Einheit politisch, vor allem aber moralisch verspielt – und zwar für immer und ewig. Die Teilung erschien so als eine gerechte Strafe für die von Deutschland herbeigeführten Weltkatastrophen. 1960 provozierten diese Gedanken, die auf eine Bi-Nationalisierung Deutschlands hinausliefen, einen einhelligen Aufschrei, Jaspers wurde des ‚Landesverrats‘ bezichtigt. Aber nach dem Bau der Berliner Mauer, der die Teilung zu zementieren schien, machten sich Publizisten und danach auch ein breiteres Publikum, verbunden mit einigen inhaltlichen Trivialisierungen, seine Deutungen zu eigen, ja die Wirkungsmacht der Jasperschen Argumente sollte sich auch noch in den Wiedervereinigungsdebatten von 1989 erweisen, in denen auf Seiten der Kritiker einer deutschen Einheit dieser geschichtstheologisch unterfütterte antinationale Affekt durchschlug.³¹

Es ging entscheidend auf die historiographische Fischer-Kontroverse seit 1961 zurück, dass der Nationalstaat der Deutschen künftig am Pranger stand, und die Fixierung auf die nationale Frage in der Geschichtswissenschaft gelöst wurde. Die Fischer-Kontroverse führte zu einer Fundamentalkritik an den national-konservativen Überzeugungen der älteren Historikergeneration und erschütterte die Öffentlichkeit, weil sie nicht zuletzt in Radio, Fernsehen und Zeitschriften ausgetragen wurde, und sich außerdem die Politik massiv einmischte. Durch Fischers Arbeiten befand sich das Deutsche Kaiserreich auf dem Prüfstand, aber dies war gleichsam nur die eine Seite der Medaille. Die andere, von Fischer nicht explizit angesprochene Seite handelte davon, wie der Vernichtungskrieg im Osten und wie Auschwitz hatten geschehen können. Der Kern von Fischers Thesen war die Behauptung einer aktiven Hegemonialpolitik, getragen von der Interessenkontinuität konservativer Gesellschaftsschichten vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Damit wurden nun erstmals – bis dahin wissenschaftlich undenkbar und auch aus politischen Erwägungen heraus tabuisierte³² – dicke Kontinuitätsstränge vom Kaiserreich zum ‚Dritten Reich‘ freigelegt; Hitler erschien nicht mehr als der ‚Fremdkörper‘ in der deutschen Geschichte und das ‚Dritte Reich‘ stellte keinen ‚Betriebsunfall‘ mehr dar. Die alte Lesart, wonach Deutschland 1933 lediglich ins Straucheln geraten war und nach 1945 wieder an die guten Traditionen vor 1933 anknüpfen konnte – diese für das westdeutsche Geschichtsbewusstsein so maßgebliche Interpretation der älteren Historikergeneration war nunmehr desavouiert.³³

31 Siehe dazu Florian Roth, *Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969–1990)*, Baden-Baden 1995.

32 Gerhard Ritter sprach mit Blick auf Fischers Thesen von einem „nationalen Unglück“; vgl. Klaus Schwabe/Rolf Reichardt (Hg.), *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, Boppard am Rhein, S. 152.

33 Fritz Fischer, *Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918*, in: *Historische Zeitschrift* 188 (1959), S. 249–310; ders., *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserli-*

So sehr Fritz Fischer als Nestbeschmutzer bezeichnet, ihm politischer Masochismus, „Irrsinn“ oder eine „deutsche Geißelbruderschaft“³⁴ vorgehalten wurde, so sehr zeigte sich im längeren Verlauf der Kontroverse eine Formverwandlung des historisch-politischen Denkens in Westdeutschland, die auf die zweite formative Phase der Bundesrepublik, die sozialliberale Ära, vorauswies. Die im 19. Jahrhundert entstandene Ideologie des deutschen Weges mit ihren Kernbestandteilen: Einheit vor Freiheit, ideologische und kulturelle Konfrontation mit Westeuropa, obrigkeitstaatliche politische Optionen, borussianisch-missionarische Weltmachtspolitik wurde nun zum ‚Deutschen Sonderweg‘ als Negativfolie, aus denen man die folgenschweren Strukturprobleme ableitete, die Deutschland im Vergleich zu den westlichen Demokratien auf die schiefe Bahn gebracht hätten.³⁵

Es wurde bereits erwähnt, wie stark lange Zeit die Totalitarismustheorie das westdeutsche Geschichtsbild und die Selbstverständigungsdebatte geprägt hat. Noch im Februar 1963 schrieb der Staatssekretär für Gesamtdeutsche Fragen im regierungsamtlichen Bulletin: „Majdanek, Auschwitz und Theresienstadt fanden ihre Fortsetzung in Bautzen, Waldheim und Torgau.“³⁶ Die Totalitarismuskonzeption war zu einer Strukturlehre geworden, die keinerlei Unterschied mehr machte zwischen faschistischen und kommunistischen Diktaturen. Das Werk eines Historikers trug wesentlich dazu bei, dass dieses Theorem zurückgedrängt und mehr und mehr überwunden wurde, Ernst Nolte, „Der Faschismus in seiner Epoche“ aus dem Jahre 1964.³⁷ Das Buch rief zahlreiche entgegengesetzte Urteile hervor, ein Kritiker meinte, Nolte wiederhole in seiner Studie den erkämpften und gewaltsamen Sieg über den Faschismus, Armin Moh-

chen Deutschland, 1914/1918, Düsseldorf 1961; das Buch erlebte, obwohl es recht spröde geschrieben und nicht einfach zu lesen war, innerhalb weniger Jahre vier Auflagen, 1964 folgte die Taschenbuchausgabe; ders., Kontinuität der Eliten. – Die wichtigsten Arbeiten zur Fischer-Kontroverse: Wolfgang Schieder (Hg.), Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele, Köln/Berlin 1969; Immanuel Geiss, Die Fischer-Kontroverse. Ein kritischer Beitrag zum Verhältnis zwischen Historiographie und Politik in der Bundesrepublik, in: ders., Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, Frankfurt a. M. 1972, S. 108–188; Arnold Sywotek, Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewusstseins in der Bundesrepublik, in: Immanuel Geiss/Bernd Jürgen Wendt (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973, S. 19–47; Volker Berghahn, Fritz Fischer und seine Schüler, in: Neue Politische Literatur 19 (1974), S. 145–154; Wolfgang Jäger, Historische Forschung und Politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984.

34 So der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier in einer Rundfunkansprache; vgl. Christ und Welt, 2.9.1964, „Die Last des Vorwurfs. Zweimal deutsche Kriegsschuld“.

35 Vgl. Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980; ders., „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewusstseins, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33 (1981), S. 3–21. – Mittlerweile ist bekanntlich diese These vom ‚Deutschen Sonderweg‘ mannigfacher Kritik unterzogen worden, vor allem mit Blick auf ihre Prämissen eines normativen Idealtyps der Modernisierung, so dass kaum mehr etwas von ihr übrig blieb. Thomas Welskopp, Identität ex negativo. Der „deutsche Sonderweg“ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 109–139.

36 Bulletin des Informations- und Presseamtes der Bundesregierung, 1.2.1963, S. 175.

37 Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus, München 1963.

ler sprach von einer „Selbstgeißelung“,³⁸ Karl Ottmar Freiherr von Aretin missfiel die ganze Perspektive der Untersuchung, die versucht, Philosophie und Geschichtswissenschaft zu vereinen.³⁹ Rolf-Joachim Sattler würdigte zwar die Bemühungen Noltes, den Begriff ‚Faschismus‘ gegen den Begriff des Totalitarismus abzugrenzen, blieb aber skeptisch: „Man kann darüber diskutieren, ob angesichts der harten Realität des kommunistischen Totalitarismus hier nicht die Gefahr einer gewissen Verharmlosung vorliegt, ob nicht für einen späteren Betrachter bei der Beschreibung und Beurteilung des 20. Jahrhunderts die gemeinsamen totalitären Züge auf beiden Seiten so sehr überwiegen, dass die um der rein faschistischen Spezifika willen vollzogene Absonderung weniger wichtig erscheint.“⁴⁰ Hans-Ulrich Wehler hingegen urteilte geradezu euphorisch und erkor das Buch, das die nationalhistorische Perspektive überwand und vergleichend angelegt war, zu „dem bedeutendsten Werk, das der deutschen Geschichtsschreibung seit mehr als zwei Jahrzehnten zugewachsen ist“.⁴¹ Der Faschismus erhielt durch Nolte ungleich schärfere Konturen als bisher, Hitler und der Nationalsozialismus ließen sich erklären, ja Nolte und Fritz Fischer konnten sogar zusammengebracht werden; Wehler schrieb: „So wirt erscheinen Hitlers Ostlandpläne auch wieder nicht, wenn einem aus der Masse der Dokumente in Fritz Fischers Buch ‚Griff nach der Weltmacht‘ (1961) die breite soziale Resonanz des ostexpansionistischen Denkens im ersten Weltkrieg entgegentritt.“⁴² Somit wirkten beide Werke überaus stimulierend und warfen zahlreiche neue Fragen auf, besonders solche nach den sozialhistorischen Voraussetzungen des NS-Regimes und seiner historischen Kontinuitäten, die die jüngere Generation der sozialwissenschaftlich arbeitenden Historiker im folgenden Jahrzehnt fest in ihren Bann ziehen sollten.

2.2 Skandalwellen und kollektive Lernerfahrungen

Geisteswissenschaftler verfassen ihre jeweiligen Bücher nicht nur einsam in der Studierstube, sondern sie stehen in einem umfassenden Erfahrungszusammenhang der Gesellschaft einer Zeit, und insofern bestehen Verbindungslinien zwischen den historiographischen Revisionen seit dem Ende der 50er Jahre und der Fülle von Veränderungsimpulsen auf politischem, soziokulturellem und erfahrungsgeschichtlichem Gebiet, von denen die Bundesrepublik erfasst wurde. Atmosphärisch begann sich das Klima seit etwa 1958 zu wandeln, und in der Folge von großen Skandalen, die eine neue Selbstthematizierung der Gesellschaft nach sich zogen, wurden institutionelle Stützen in die politische und in die Geschichtskultur der Bundesrepublik eingezogen.

Für die atmosphärischen Veränderungen lassen sich zahlreiche Indizien anführen: Die Dokumentation von Walter Hofer über „Das Dritte Reich“, 1957 erstmals aufgelegt, war vier Jahre später über 300.000 mal verkauft. Kritische Kinofilme wie „Rosen

38 Zitiert in der Ausgabe des Buches von 1979, der ein Vorwort „Rückblick nach fünfzehn Jahren“ vorangestellt ist, S. V.

39 Rezension in: Merkur 18 (1964), S. 683–686.

40 Rezension in: Neue Politische Literatur 9 (1964), S. 77–92, hier S. 88.

41 Rezension in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 19 (1964), S. 160–168, hier S. 160.

42 Ebd., S. 167.

für den Staatsanwalt“ aus dem Jahre 1958 führten – neben den unzähligen Heimatfilmen – nicht mehr ausschließlich ein Schattendasein; Günter Grass' „Blechtrommel“ von 1959 oder die Gegenwartsliteratur eines Heinrich Böll lockten den Stachel und fanden ein zunehmend breiteres Publikum; Theodor W. Adorno hielt 1959 den viel beachteten Rundfunkvortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“; die 16-teilige Fernsehdokumentation „Das Dritte Reich“ erreichte 1960/61 eine Sehbeteiligung von fast 60 Prozent, was, berücksichtigt man die damalige ‚Fernsehdichte‘, fast einem Fünftel der westdeutschen Bevölkerung entsprach.⁴³ Als Pionier der Aufklärung über NS-Verbrechen machte sich Gerhard Schoenberger seit 1960 einen Namen mit Büchern, Ausstellungen und Filmen, etwa mit der Ausstellung „Die Vergangenheit mahnt uns“ in der Berliner Kongresshalle 1960, vor allem aber mit dem Bildband „Der gelbe Stern“ – der mehrfach aufgelegt sowie in neun Sprachen übersetzt wurde und eine ganze Generation sensibilisiert bzw. sozialisiert hat – und der Dokumentation „Wir haben es gesehen“ aus dem Jahr 1962, in denen erstmals historisches Bild- und Textmaterial einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen gestellt wurde.⁴⁴ Literarisch entstand um 1960 herum ein neuer bundesdeutscher Dramentyp, die ‚Mitschuld-Parabeln‘, die das Theater wieder als moralische Anstalt nutzten, kurze Zeit darauf rückte der Holocaust wie nie zuvor in das öffentliche Bewusstsein – und zwar durch den Theaterskandal um Rolf Hochhuths Stück „Der Stellvertreter“. Das deutsche Publikum, so urteilte Golo Mann, habe sich von dem Drama ansprechen lassen wie von keinem NS-Prozess und keiner noch so gründlichen historischen Untersuchung des Instituts für Zeitgeschichte.⁴⁵ Auch politische Konflikte, namentlich um Hans Globke – der 1936 einen juristischen Kommentar zu den ‚Nürnberger Gesetzen‘ verfasst hatte, seit 1950 im Bundeskanzleramt beschäftigt und seit 1953 als dortiger Staatssekretär die rechte Hand Adenauers war – wandelten sich. War der ‚Globke-Konflikt‘ nach einem anfänglichen Streit um Adenauers Personalpolitik bis 1955 im Zeichen einer konsensuellen Vergangenheitspolitik⁴⁶ abgeflaut, so kam es seit 1956 zu einer vehementen Re-Thematisierung, die von Sozialdemokraten und Liberalen vorangetrieben wurde und bis zur Pensionierung Globkes 1963 innenpolitisch polarisierte.⁴⁷

Sucht man nach den Ursachen für diese Wandlungen, so geraten die spektakulären NS-Prozesse, die sich mit ersten Debatten um die Verjährung der Delikte Totschlag und Mord 1960/61 und 1965 überschneiden, sowie antisemitische Skandale in den Blick. Mit dem Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, in dessen Folge es im Dezember

43 Vgl. Axel Schildt, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Wilfried Loth/Bernd A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1998, S. 19–54, hier S. 45 ff.

44 Vgl. Cornelia Brink, Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Berlin 1998.

45 Rolf Hochhuth, Der Stellvertreter. Mit Essays von Jaspers, Muschg, Piscator und Golo Mann, Reinbek bei Hamburg 1997, S. 12; Jan Berg, Hochhuths „Stellvertreter“ und die „Stellvertreter“-Debatte. Vergangenheitsbewältigung in Theater und Presse der sechziger Jahre, Kronberg/Ts. 1977.

46 Dazu Frei, Vergangenheitspolitik.

47 Vgl. Thomas Herz und Heiko Boumann, Der „Fall Globke“: Entstehung und Wandlung eines NS-Konfliktes, in: Thomas Herz/Michael Schwab-Trapp (Hg.), Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945, Opladen 1997, S. 57–107.

zur Gründung der ‚Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen‘ in Ludwigsburg kam, war die Zeit des kollektiven Beschweigens vorbei. Überhaupt lässt sich die Zeit zwischen 1958 und dem Ende des Frankfurter Auschwitz-Prozesses 1965⁴⁸ – dazwischen lagen u. a. noch der erste Treblinka-Prozess, der Belzec-Prozess, vor allem aber der Jerusalemer Eichmann-Prozess 1961/62, von dem zum ersten Mal auch Fernsehbilder ausgestrahlt wurden – als eine entscheidende Wendezeit bezeichnen. Das betraf allein schon das öffentliche Interesse – über die Zeit hinweg hatten sich im Frankfurter Gerichtssaal 20.000 Zuschauer eingefunden – und das Medienecho. Das betraf darüber hinaus den Umstand, dass die Prozesse für die bundesdeutsche Zeitgeschichtsschreibung eine enorme Bedeutung hatten; die zu den Prozessen vorgelegten historischen Gutachten von Hans Buchheim, Martin Broszat, Helmut Krausnick und Hans-Adolf Jacobsen gehören „zu dem Besten ..., was die deutsche Zeitgeschichtsforschung in den sechziger Jahren zu den nationalsozialistischen Verbrechen an Juden, Zigeunern und den Völkern Osteuropas zuwege gebracht hat.“⁴⁹ Aber zur öffentlichen Resonanz und zu dem Verwissenschaftlichungsschub trat etwas wichtiges, jedoch häufig übersehenes hinzu: Bis zu den Prozessen hatte jede öffentliche Thematisierung der NS-Vergangenheit das Ziel verfolgt, die ‚Ehre‘ des deutschen Volkes, der Kriegsgeneration oder der Wehrmacht zu wahren. ‚Gemeine‘ Deutsche waren als Opfer, selten als Täter thematisiert worden. Nun aber verschoben sich die Maßstäbe grundlegend. Die Anerkennung von systematischen und spezifischen NS-Verbrechen, mit denen universelle Menschenrechte verletzt wurden, bedeutete eine prinzipielle Neuorientierung. Die Verurteilung der NS-Verbrechen als Verstoß gegen individuelle Menschenrechte – ohne relativierende Einschränkungen zugunsten einer nationalen Ehre der Deutschen – brach mit den Werttraditionen, für die das nationale Kollektiv den höchsten Wert darstellte.⁵⁰

Dadurch veränderte sich die politische Kultur der Bundesrepublik. Institutionell abgestützt wurde dieser Veränderungsprozess durch Reaktionen auf antisemitische Skandalwellen zwischen 1958 und 1960.⁵¹ „Ist die Bundesrepublik auf festem Grund ge-

48 Gerhard Werle/Thomas Wandres, *Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz*, München 1995; Peter Steinbach, *Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit*, Berlin 1981; Jürgen Weber/Peter Steinbach (Hg.), *Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik*, München 1984. Kerstin Freudiger, *Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen*, Tübingen 2002.

49 Norbert Frei, *Der Frankfurter Auschwitz-Prozess und die deutsche Zeitgeschichtsforschung*, in: Fritz Bauer Institut (Hg.), *Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung*, Frankfurt a.M. 1996, S. 123–138.

50 Vgl. Heinz Artzt, *Zur Abgrenzung von Kriegsverbrechen und NS-Verbrechen*, in: Adalbert Rückerl (Hg.), *NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung*, Karlsruhe 1972, S. 163–194. Fritz Bauer, der hessische Generalstaatsanwalt in Frankfurt, in dessen Amtszeit das KZ-Personal von Auschwitz vor Gericht stand, schrieb: „Worüber die Prozesse aufklären, das ist das Recht, ja die Pflicht zum Nein gegenüber unmenschlichen Anordnungen. Das wird von den Angeklagten, von uns allen gefordert. ... Das ist die Moral der Geschichte, das ist der Beitrag der Prozesse zum politischen Bewusstsein.“ Ders., *Antinazistische Prozesse und politisches Bewusstsein*, in: Hermann Huss/Andreas Schröder (Hg.), *Antisemitismus*, Frankfurt a.M. 1965, S. 185. Siehe auch Claudia Fröhlich/Michael Kohlstruck (Hg.), *Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht*, Münster 1999.

51 Dazu Werner Bergmann, *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989*, Frankfurt a.M. 1997, S. 187 ff.

baut?“ frage Innenminister Gerhard Schröder bange anlässlich antisemitischer Vorfälle 1958,⁵² und nach der Schändung der Kölner Synagoge am Jahreswechsel 1959/60 sowie weiterer Hakenkreuzschmierereien im gesamten Bundesgebiet gab Bundestagsviizepräsident Carlo Schmid im Parlament eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Dass dies in unserem Lande geschehen konnte, ist eine Schande ... Dass es so ist, geht uns alle an. Hier liegt für uns alle eine Aufgabe, und wenn wir mit dieser Aufgabe nicht fertig werden, wird unser Volk nicht gesunden. ... Solange bei uns in der Absicht zu exkulpieren darüber diskutiert werden kann, ob sechs Millionen oder ‚nur‘ drei Millionen Juden ermordet worden sind, solange bei uns nicht jedes Kind darüber belehrt worden ist und begriffen hat, dass das Problem nicht ist, ob sechs oder drei Millionen, sondern ob null oder einer ermordet worden sind, so lange haben wir – auch jene in unserem Volk, die in der verruchten Zeit saubere Hände behielten – versagt.“⁵³

Reaktionen folgten auf den Fuß. So verabschiedete die Kultusministerkonferenz Mitte Februar 1960 neue Richtlinien über die Behandlung der jüngsten Geschichte im Schulunterricht, die eine ausführlichere Behandlung des Nationalsozialismus in den Schulen vorsahen.⁵⁴ Eine breitere Debatte über „Wandlungen und Pflege des Geschichtsbildes“ setzte ein, wobei es die Aufgabe sein sollte, der Jugend bundesrepublikanisches Staatsbewusstsein nahezubringen; dies sei die Grundvoraussetzung für „die hohe Mission der Bundesrepublik Deutschland als Kristallisationszentrum künftiger gesamtdeutscher Einheit in Freiheit.“⁵⁵

In diesen Kontext der institutionellen Stützen gehört auch die Umbenennung und damit Aufwertung der ehemaligen ‚Bundeszentrale für Heimatdienst‘, die 1962/63 zur ‚Bundeszentrale für politische Bildung‘ umgetauft wurde und deren Grundanliegen nun verstärkt, so Innenminister Hermann Höcherl, das „Werben um unsere Staatsform“ sein sollte: „Die Aufgabe der Bundeszentrale muss nunmehr in ihrem Schwergewicht darin gesehen werden, die Urteilsfähigkeit des Staatsbürgers zur rechten Bewältigung der Vielzahl Appelle weiter zu entwickeln und sein Selbstbewusstsein zu fördern.“⁵⁶ Dort, wo nach den antisemitischen Vorfällen an der Urteilsfähigkeit der Beteiligten Zweifel angebracht waren, fuhr die Politik schwereres Geschütz auf: Als Reaktion auf

52 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 12.6.1958, S. 1046.

53 Zit. nach Das Parlament, 19.1.1980 „Vor zwanzig Jahren“; siehe auch: Die antisemitischen und nationalsozialistischen Vorfälle. Weißbuch der Bundesregierung, Bonn 1960; Hans Herzfeld, Ein ungelöstes Problem. Der Antisemitismus – eine deutsche Schicksalsfrage, in: Politische Meinung 5 (1960) Heft 46, S. 39–50; Peter Schönbach, Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60, Frankfurt a. M. 1961.

54 Joachim Rohlfes, Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik 1953 bis 1969, in: Klaus Bergmann/Gerhard Schneider (Hg.), Gesellschaft, Staat, Geschichtsunterricht. Beiträge zu einer Geschichte der Geschichtsdidaktik von 1500–1980, Düsseldorf 1982, S. 381–414; Falk Pingel, Nationalsozialismus und Holocaust in westdeutschen Schulbüchern, in: Rolf Steininger (Hg.), Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien 1994, S. 221–232.

55 Franz Rodens, Wandlung und Pflege des Geschichtsbildes, in: Politische Welt. Monatsschrift für Information und Diskussion 5 (1962) Heft 48, S. 18–23, hier S. 33.

56 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 15.6.1963, S. 923.

weitere antisemitische Anschläge auf jüdische Friedhöfe und durch den skandalträchtigen Freispruch eines Holzhändlers namens Nieland, der die rassistische Schmähchrift „Die Vergasungslüge“ vertrieben hatte, wurde 1960 der Straftatbestand der ‚Volksverhetzung‘ geschaffen.⁵⁷ Schließlich veränderten auch symbolische Akte die historisch-politische Kultur. Zum 20. Jahrestag der Befreiung von Bergen-Belsen hielt erstmals ein Bundespräsident in einem ehemaligen Konzentrationslager eine Rede an die Nation. Heinrich Lübke wandte sich gegen eine Schlussstrichmentalität und die Auffassung, dass die NS-Prozesse das mühsam wiedergewonnene Ansehen Westdeutschlands in der Welt erneut untergraben könnten. „Diese Rede ist so denkwürdig“, so hieß es im Vorwort der Broschüre, die zehntausendfach von der Bundeszentrale für politische Bildung unter die Menschen gebracht wurde, „dass jeder Deutsche, der sie nicht hörte, sie gelesen haben muss“.⁵⁸

Alles zusammengenommen bewirkten die Skandalwellen und die Reaktionen sowie die Vergangenheitsaufarbeitung durch Strafverfahren entscheidendes: Zum ersten Mal in ihrer noch kurzen Geschichte befragte sich die Bundesrepublik selbst und suchte nach Selbstvergewisserungen. Der Nationalsozialismus wurde von der Bevölkerung zunehmend als Skandalon betrachtet, ja die Distanzierung von ihm begann zum Nachweis und Konstitutivum des Bundesbürgers zu werden.⁵⁹ Kollektive Lernprozesse setzten ein, die ausweislich zahlreicher Umfragedaten bis zum Ende der sechziger Jahre zu einem immer umfassenderen Einstellungswandel führten – im Sinne einer strikten Abgrenzung vom Nationalsozialismus und seiner Verbrechen.⁶⁰

2.3 Reform der Deutschlandpolitik

Dieser gesamtgesellschaftliche Wandel wurde verstärkt, weil er sich mit neuen Positionen zur deutschen Frage verschränkte, ein Vorgang, der in unterschiedlicher Intensität alle Parteien und viele gesellschaftliche Gruppen erfasste und somit weit in die öffentliche Sphäre ausstrahlte. Dabei überschritten sich nationale und internationale Entwicklungen: Die Détente-Bemühungen der Großmächte zwischen 1955 und 1958, die Berlin-Krisen seit 1958, der Mauerbau 1961, die Cuba-Krise vom Oktober 1962 und deren Lösung in letzter Minute gingen innerbundesrepublikanisch einher mit einer immer heftiger werdenden Kritik an der Hallstein-Doktrin und führten insgesamt zu einer Kri-

57 Vgl. Sebastian Cobler, Das Gesetz gegen die „Auschwitz-Lüge“ – Anmerkungen zu einem rechtspolitischen Ablasshandel, in: Kritische Justiz (1985) Heft 2, S. 159–170, hier S. 162. Drei „Begehungsvarianten“ gab es: die Aufstachelung zum Hass gegen Bevölkerungsteile, die Aufforderung zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen und die Beschimpfung, Verächtlichmachung oder Verleumdung von Bevölkerungsteilen.

58 Heinrich Lübke, Die Schatten beschwören uns. Bergen-Belsen 1965. Rede an die Deutschen, München 1965. Dazu auch Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995, S. 158, der allerdings die gesellschaftliche Relevanz der Rede nicht richtig einschätzt, stattdessen Lübke verächtlich macht. Siehe auch Matthias Rensing, Geschichte und Politik in den Reden der deutschen Bundespräsidenten 1949–1984, Münster/New York 1996.

59 So auch Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 537.

60 Vgl. Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten, S. 277.

se der alten Wiedervereinigungspolitik.⁶¹ Nachdem die Sozialdemokraten sich ab 1960 endlich zu einer ‚Bundesrepublikanisierung‘ ihrer Außenpolitik durchgerungen und die Westbindung akzeptiert hatten, machten sie sich schnellen Schrittes auf zu Enttabuisierungen. „Wandel durch Annäherung“ – dieses von Egon Bahr geprägte und bald geflügelte Wort⁶² beinhaltete auch, dass man auf geraume Zeit in Deutschland mit der Mauer leben und neue Konzepte zu ihrer langfristigen Überwindung entwerfen müsse. Die DDR als „Zone“ abzutun und über sie hinwegzusehen, führte nicht mehr weiter; man ‚entdeckte‘ den zweiten deutschen Staat, besser: die in ihm lebenden Deutschen, denen man nun zugestand, ihrerseits auch Aufbauleistungen vollbracht zu haben.⁶³

Die Klimaveränderung hatte sich schon seit längerem angekündigt. Von der Öffentlichkeit noch relativ unbeachtet hatte beispielsweise Franz Josef Strauß in einer Bundestagsdebatte vom 20. März 1958 ausgeführt:

„Ist es denn wirklich die Wiedervereinigung, die uns in erster Linie drängt, quält, bedrückt und treibt? Es ist doch weniger die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Es ist doch mehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in diesem Gebiet.“⁶⁴

Überdies stand zusehends die ‚Grenzfrage‘ im Kreuzfeuer der Kritik, also der nach wie vor erhobene Souveränitätsanspruch Westdeutschland auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße, die nun zu Polen gehörten. Das Memorandum der ‚Tübinger Acht‘ vom Februar 1962 war ein Blockadebrecher und bahnte einen Weg, den drei Jahre später auch eine so angesehene Institution wie die Evangelische Kirche Deutschlands mit ihrer Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ beschriftet, in der, wengleich vorsichtig, für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze plädiert wurde, was aber fast nur bei den Vertriebenenverbänden lautstarken Protest auslöste.⁶⁵

Der um sich greifende deutschlandpolitische Wandel, die Erörterung eines praktikablen Verhältnisses zur DDR und zu Osteuropa und die veränderte Geschichtssicht fanden ihren augenfälligen Ausdruck in der Erklärung der Bundesregierung 1966 zum

61 Siehe dazu Anselm Doering-Manteuffel, „Verzicht ist Verrat“ – Beharrung und Wandel in den deutschlandpolitischen Vorstellungen der Bundestagsparteien 1949–1966, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 29 (1980), S. 120–130; Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995; Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993.

62 Siehe Andreas Vogtmaier, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung sozialdemokratischer Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996.

63 Ganz bedeutsam war hierbei die große Serie der „Zeit“, die kurz darauf auch in Buchform erschien: Marion Gräfin Dönhoff/Rudolf Walter Leonhardt/Theo Sommer, Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR, Hamburg 1964.

64 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 3. Wahlperiode, 121. Sitzung, 20.3.1958, S. 13895.

65 Zur zeitgenössischen Debatte Reinhard Henkys (Hg.), Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift, Stuttgart 1966; dazu auch Thomas E. Heck, EKD und Entspannung. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Bedeutung für die Ost- und Deutschlandpolitik bis 1969, Frankfurt a. M. 1996.

25. Jahrestag des deutschen Angriffes auf die Sowjetunion. Wolfgang Schollwer, der liberale deutschlandpolitische Vordenker, brachte das neue Verständnis auf den Punkt:

„Der Angriff am Morgen des 22. Juni 1941 hat nicht nur die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf Jahrzehnte hinaus auf das schwerste belastet. Hitler provozierte mit seinem Krieg gegen die Sowjetunion zugleich unbewusst den Vormarsch der sowjetischen Armeen bis an die Elbe. Er wurde zum eigentlichen Verantwortlichen für die Sowjetisierung ganz Ost- und Südosteuropas. Das nationalsozialistische Deutschland schuf damit auch die Grundlagen für die Teilung, die Zerstückelung des ehemaligen Deutschen Reiches. Hitler war also nicht nur der Todfeind der Völker der Sowjetunion, sondern auch der Zerstörer der alten europäischen Ordnung und der Totengräber der deutschen Einheit.“⁶⁶

Vor dem Hintergrund dieser neuartigen Sicht, die die deutsche Schuld nicht abwälzte, konnte sich deutsche Politik nicht mehr darin erschöpfen, alles auf die Karte einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung zu setzen. Die politischen Zukunftshoffnungen der Deutschen hatten sich vielmehr auf eine europäische Friedensordnung zu richten. Die Generation der Politiker, die im Nationalsozialismus oder im Exil ihre prägenden Erfahrungen hatten sammeln müssen, verinnerlichte mehr und mehr, dass die Geschichte des Deutschen Reiches in die Katastrophe geführt hatte. Es setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, dass bisher zu viel von deutschem Recht, aber zu wenig von deutschem Versagen in der Vergangenheit gesprochen worden war. Für die Überwindung der deutschen Teilung konnte das Bismarckreich des 19. Jahrhunderts kein Leitstern mehr sein. Statt dessen wurde die deutsche Frage europäisiert. Damit einher ging ein neues bundesrepublikanisches Staatsbewusstsein; es herrschte nicht mehr der „nationale Notstand“, den Gerhard Ritter vor einem Jahrzehnt noch ausgerufen hatte,⁶⁷ sondern im veränderten Klima gewann ein Patriotismus an Attraktivität, der sich allein auf die Bundesrepublik Deutschland bezog.

2.4 Bundesrepublikanisches Staatsbewusstsein

Es handelte sich dabei nicht um eine Selbstanerkennung, die ausschließlich von Intellektuellen oder der politischen Klasse getragen worden wäre, sondern sie drang tief in die Gesellschaft ein. Umfragedaten belegen eine fortschreitende ideelle Verwestlichung der Bundesdeutschen. Bereits am Ende der 50er Jahre meinten viermal soviel der Befragten – nämlich 33 Prozent –, dass die Westdeutschen zur Gemeinschaft der westlichen Völker gehörten, als dies noch am Anfang des Jahrzehnts der Fall gewesen war.⁶⁸

66 Freie demokratische Korrespondenz, 21.6.1966, „Der Schlag gegen Europa.“

67 Ansprache von Gerhard Ritter vor dem Deutschen Bundestag zum Tag der Deutschen Einheit am 17. Juni 1955, abgedruckt bei: Herbert Hupka (Hg.), 17. Juni. Reden zum Tag der Deutschen Einheit, Bonn 1964, Zitat: S.40.

68 Vgl. Felix Ph. Lutz, Empirisches Datenmaterial zum historisch-politischen Bewusstsein, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bundesrepublik Deutschland. Geschichte – Bewusstsein, Bonn 1989, S. 150–169, hier S. 165.

Moderne Massenkultur, amerikanisch geprägte Kulturmuster und Lebensstile bestimmten die Lebenswirklichkeit und den Alltag. Sie überlagerten massiv den national-kulturellen Habitus. Aber auch die zunehmende Gewöhnung an die deutsche Teilung ließen nationale Denkhorizonte zurücktreten. Das betraf besonders die jüngere Generation der Befragten, die 18 bis 34-jährigen, von denen in der Mitte des Jahrzehnts nur noch ein Sechstel die Teilung unerträglich fanden.⁶⁹ Die Spiegel-Affäre Ende 1962 drückte den Wandel im öffentlichen Selbstverständnis der Republik aus, denn erstmals kam über Medien und Universitäten eine Demokratiediskussion in Gang, die sich freilich bis zum Ende der 60er Jahre in eine z. T. radikale Systemkritik der ‚neuen Linken‘ auswachsen sollte. Aber von dieser späteren radikalen Infragestellung des politischen Systems der Bundesrepublik abgesehen, zeigt das Datenmaterial aus der Zeit eine wachsende Demokratiezufriedenheit und ein grundsätzliches Einverständnis mit den bundesdeutschen Institutionen, vor allem der sozialen und wirtschaftlichen Verfasstheit des Gemeinwesens. Seit dem Beginn der 60er Jahre waren die Westdeutschen in immer stärkerem Maße der Meinung, es gehe Deutschland – gemeint war die Bundesrepublik – besser als jemals zuvor in der deutschen Geschichte.⁷⁰ Noch eine Dekade früher hatte man hingegen die ‚Friedenszeit‘ des ‚Dritten Reiches‘ als besonders positiv eingeschätzt; dies war nun vorbei. Die Bundesrepublik war auf dem Weg zu Selbstanerkennung als Staatsnation durch ihre Bürger. Die Desillusionierungen der Wiedervereinigungserwartungen und der veränderte historisch-politische Diskurs hatten daran ihren Anteil. Die Werte konnten angesichts der ökonomischen Umstellkrisen 1966/67 – die nicht mehr bedeuteten als eine Delle im Wirtschaftswachstum – etwas variieren, aber sie veränderten sich nicht mehr grundsätzlich.

Staatsbewusstseins-Pflege durch „Nutzbarmachung der eigenen Geschichte“⁷¹ – das hatten sämtliche politischen Akteure von rechts bis links auf ihre Fahnen geschrieben. Ohne Zweifel war dies eine Reaktion auf die forcierten Bemühungen der DDR, mit historischen Mythen vom ‚besseren Deutschland‘ die Bevölkerung an das Regime zu binden und zu neuen Leistungen anzuspornen. Daraus entsprang im Westen die Forderung, die Bundesrepublik in Form zu bringen – und sei es durch die „formierte Gesellschaft“⁷² – und sie mit einer dezidiert westlichen Gegenidee in der Zustimmung der

69 Vgl. die „Gesamtdeutschen Barometer“, die die gesamten 60er Jahre hinweg im Auftrag des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen erhoben wurden; gesammelt im Bundesarchiv, Koblenz, Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, B 137, 3677. Zahlreiche Umfragen auch bei Werner Weidenfeld/Manuela Glaab, Die deutsche Frage im Bewusstsein der Deutschen – Konstanten und Wandlungen. Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung 1945/49–1990, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/3, S. 2798–2962.

70 Ebd., Weidenfeld/Glaab, S. 2844 ff.

71 So der Rechtswissenschaftler Hans Peters beim Staatsakt zum 17. Juni 1963; vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 104, 19.6.1963, S. 925.

72 Ludwig Erhard, „Wir brauchen ein klares Bewusstsein unserer Geschichte“, Ansprache des Kanzlers in Hamburg, abgedruckt in: Die Welt, 7.5.1965: Geschichtsbewusstsein sei auch deshalb unverzichtbar, „weil die formierte Gesellschaft ihre Überlegenheit gegenüber dem Weg des Kommunismus damit noch überzeugender beweisen wird, als durch alle wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der marxistischen Philosophie.“ Zum schillernden Begriff „formierte Gesellschaft“ siehe Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikleben, München/Landsberg am Lech 1996, S. 561 ff.

Bevölkerung zu verankern. Wenn Bundeskanzler Ludwig Erhard 1965 das „Ende der Nachkriegszeit“ ausrief, so entsprach dies durchaus einem Bewusstsein, das allgemein in der Zeit empfunden wurde. Die Bonner Demokratie war nun älter als die Weimarer Republik geworden, und mehr als ein Drittel der Menschen, die auf ihrem Gebiet lebten, war bereits in der Nachkriegszeit aufgewachsen oder gar erst geboren. Zum fünfzehnten Jahrestag, 1964, wurde das Grundgesetz als große Tat gefeiert und der Bundesrepublik – die so stabil war, wie es kaum jemand zu hoffen gewagt hatte – bescheinigt, sie sei ein hoffnungsvoller Jubilar. Das Provisorium schien auf Dauer gestellt zu sein; jedenfalls schwand der Provisoriumsvorbehalt immer mehr dahin.

Das historische Bezugssystem und das politische Bewusstsein der Bundesbürger wurden seit Mitte der sechziger Jahre doppelbödig, und es formte sich ein Hintergrund aus, den Karl Dietrich Bracher so treffend als „doppelte Zeitgeschichte“ bezeichnet hat.⁷³ Nicht mehr nur der Nationalsozialismus lastete auf den Westdeutschen, sondern die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik gewann zunehmend an Eigengewicht und bestimmte immer mehr den Wahrnehmungs- und Erfahrungshorizont der Bürger. In der Bundesrepublik entfaltete die Wiederaufbauleistung mittlerweile eine stärkere Prägekraft für die Bevölkerung als der Provisoriumsvorbehalt. Die Bundesrepublik verfügte über ihre eigenen Gründungsmythen, etwa das Wirtschaftswunder, die D-Mark und den Volkswagen, die soziale Sicherheit, die Westintegration, die Wiederbewaffnung und die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Die erfolgreiche Gründungsphase der Republik wurde nicht zuletzt durch den Rücktritt Adenauers als Bundeskanzler im Oktober 1963 ihrerseits historisch. Eine Ära war zu Ende. Der Tod des zum populären Mythos gewordenen ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss am 12. Dezember 1963 verstärkte noch das Bewusstsein, dass ein großes Kapitel deutscher Geschichte geschlossen wurde; zwei Tage nach Heuss starb auch Erich Ollenhauer. Die Symbolfiguren der frühen Jahre waren entweder von der politischen Bühne abgetreten oder tot.

Die meisten der westdeutschen Bürger gaben seit Mitte der sechziger Jahre einem pragmatischen Denken den Vorzug. Der Stolz auf die ‚Nation‘ bezog sich vor allem auf Leistungen und Merkmale des politischen Gemeinwesens Bundesrepublik; ihr gegenüber war die anfänglich noch vorhandene emotionale Distanz völlig gewichen. Eine wie auch immer geartete gesamtdeutsche Revision des Gegenwartszustandes konnte nicht auf Unterstützung der Mehrheit rechnen; die Gegenwart wurde nicht als revisionsbedürftig eingeschätzt. Die Zweistaatlichkeit bedeutete kein Störfaktor für die Lebenszufriedenheit – im Gegenteil, nicht die Einheit stand im Vordergrund, sondern die Freiheit.

73 Karl Dietrich Bracher, Die Bewährung der Zweiten Republik, einleitender Essay zu Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Stuttgart 1984, S. 10.

3. Freiheitlich-demokratisches Geschichtsbild

Namhafte Zeithistoriker und Politikwissenschaftler sehen heute die 60er als ein Jahrzehnt von eigenständiger Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland.⁷⁴ Dieser Befund trifft ganz gewiss auf die Geschichtskultur sowie die historisch-politische Selbsterkennung der Bundesrepublik zu, eine Anerkennung, die im Zeichen der neuen Sonderwegsinterpretation erstmals auch von ‚links‘ ausging. Damit verbunden war die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft, und Willy Brandts viel zitiertes Wort als frisch gewählter Bundeskanzler „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ gab dieser Art von intendierter zweiter Gründung der Bundesrepublik den sinnfälligen Ausdruck. Um 1970 herum waren Entwicklungen festgezurrt, die das Selbstverständnis der Westdeutschen bis zur Wiedervereinigung und guten Teils darüber hinaus geprägt haben.⁷⁵

Geschichtskulturell hatte sich ein freiheitlich-demokratisches Geschichtsbild ausgeformt, was bedeutete, dass im historischen Gedächtnis der Bundesbürger eigenständige freiheitlich-demokratische, auch revolutionäre Traditionen beleuchtet, wohingegen nationalstaatliche abgeblendet wurden. Nicht von ungefähr setzte die Revolutionsforschung zu den Revolutionen von 1848 und 1918 in großem Umfang erst jetzt ein.

Nach den beiden von Deutschland vom Zaun gebrochenen Weltkriegen wollte sich die Bundesrepublik nun als ‚Friedensmacht‘ präsentieren. Die Entwicklung seit 1866 habe gezeigt, so lautete die vorherrschende ‚Lehre‘, dass die geballte Macht eines staatlich geeinten Deutschland dem Frieden in Europa und in der Welt gefährlich werde. Deutschland könne sich in einem sehr lange dauernden Prozess nur auf einer Grundlage föderativen Charakters und im Einklang mit europäischen Erfordernissen neu vereinigen, nicht aber wiedervereinigen im historischen Rückblick auf die Bismarckschen Staatsfundamente. Überhaupt erschien die nationale Einheit als Irrweg der Deutschen. Die Rückkehr dorthin glaubte man, im Sinne einer Holocaust-Identität,⁷⁶ durch Auschwitz verbaut, ja verboten. Zwei Staaten, eine Nation – in diesem kulturellen nationalen Credo bündelte sich der nun geforderte Blick auf vornationalstaatliche Orientierungen und Einstellungen.

Untertanengesinnung, verspäteter Parlamentarismus und das Ausbleiben einer bürgerlichen Revolution habe, so wurde argumentiert, langfristig in die Katastrophe des Dritten Reiches geführt und die Differenz zum Westen ausgemacht. So entstand das Bild einer verhängnisvollen deutschen Fallgeschichte, in denen atavistische Eliten dominierten, Deutschland von einer exzeptionellen Aggressivität gekennzeichnet war und die Ungleichzeitigkeit von wirtschaftlicher und politischer Modernisierung eines

74 Vgl. Peter Pulzer, *German Politics, 1945–1995*, Oxford 1995, S. 71ff; ebenso Sontheimer, *Deutschland*, S. 87ff. und Karl Dietrich Bracher, *Die totalitäre Erfahrung*, München 1987, S. 177f. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

75 Dies ist auch die Grundthese von Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen. Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

76 Dazu Bernhard Giesen, *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit*, Frankfurt a. M. 1993, S. 236ff.

der Grundübel darstellte. Die Differenz zum Westen und zum Idealtypus der Modernisierung sei 1945 endlich und endgültig beseitigt worden. 1945, daran gab es kaum einen Zweifel, war der deutsche Sonderweg an sein Ende gelangt, jedenfalls in der Bundesrepublik.⁷⁷ Der Katastrophendiskurs über den deutschen Einheitsstaat zwischen 1871 und 1945 diente immer auch dazu, der Bundesrepublik Legitimität zu verleihen. Wer die Sonderwegsthese hinterfragte, grenzte sich aus dem Konsens aus, denn man glaubte, dass sie „aus politischen Gründen“ aufrechterhalten werden müsse.⁷⁸ „Die zweite Demokratie“, so Karl Dietrich Bracher 1971, „ist nicht denkbar, nicht möglich, ohne das endgültige Scheitern der Reichskonzeption“.⁷⁹ Ein Verfassungspatriotismus hatte an die Stelle des vormaligen Nationalpatriotismus zu treten. Die Staatsgesinnung sollte von den noch verbliebenen Schalen der Untertanengesinnung befreit werden, Emanzipation, Fortschritt, kritisches Bewusstsein, Demokratisierung – so lauteten die neuen Begriffe.

Brandts Kniefall vor dem Getto-Monument in Warschau war Symbol für das von Deutschen im Nationalsozialismus begangene Unrecht und bedeutete eine moralische Geste für die Aussöhnung mit dem Osten. Neben viel Zustimmung wurde in der Bundesrepublik aber auch gefragt, ob diese Geste nicht übertrieben gewesen sei; nach einer Umfrage des „Spiegel“ sahen 48 Prozent der Bevölkerung dies so, 41 Prozent hielten sie für angemessen.⁸⁰ Mit größerem zeitlichen Abstand bewerteten die Westdeutschen den Kniefall immer mehr als historisch angemessen. Andererseits boten die abstrakten Faschismustheoreme und die strukturgeschichtlichen Arbeiten der kritischen Geschichtswissenschaft dem lebensweltlichen Erzählen nur wenig Anknüpfungspunkte.⁸¹ Nur so ist es zu erklären, dass die 1979 im deutschen Fernsehen ausgestrahlte US-amerikanische Serie „Holocaust“, deren Perspektive individualisierte, unerwartet heftige Eruptionen auslöste.⁸² Damit sind wir aber bereits in einer anderen Epoche angelangt. Als ein Erbe der 60er Jahre hielten die 1969 an die Macht gekommenen Sozialliberalen ein kritisches Geschichtsbewusstsein für unabdingbar. Anlässlich der 100. Wiederkehr der Reichsgründung im Januar 1971 bündelte Bundespräsident Gustav Heinemann in einer Fernsehansprache zur Hauptsendezeit alle Bestandteile des neuen Geschichtsbildes und stellte dem Deutschen Reich, vor dessen Versagen die Bundesrepublik um so kräftiger leuchtete, den Totenschein aus: „Hundert Jahre Deutsches Reich – dies heißt

77 Bei dem Interpretament vom „Ende des deutschen Sonderweges 1945“ hat man ja bemerkenswerter Weise vor 1989 die DDR immer ausgeklammert, also stillschweigend deutsche Geschichte mit bundesdeutscher Geschichte gleichgesetzt.

78 Kurt Sontheimer, Ein deutscher Sonderweg?, in: Werner Weidenfeld (Hg.), Die Identität der Deutschen, München/Wien 1983, S. 324–335, hier S. 333.

79 Karl Dietrich Bracher, „Ein zerstörter Mythos“, in: Die Zeit, 15.1.1971.

80 Vgl. Bernd Rother, Willy Brandt – Der Kniefall von Warschau, in: Fröhlich/Kohlstruck (Hg.), Engagierte Demokraten, S. 299–308, hier S. 306.

81 Dazu Ulrich von Hehl, Kampf um die Deutung. Der Nationalsozialismus zwischen „Vergangenheitsbewältigung“, Historisierungspostulat und „neuer Unbefangenheit“, in: Historisches Jahrbuch 117/II (1997), S. 406–436, hier S. 421 ff. und Bernd Faulenbach, NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22 (1987), S. 19–30, hier, S. 23.

82 Vgl. Yvonne Ahren u. a., Das Lehrstück „Holocaust“. Zur Wirkungsgeschichte eines Medienereignisses, Opladen 1982.

eben nicht einmal Versailles, sondern zweimal Versailles, 1871 und 1919, und dies heißt auch Auschwitz, Stalingrad und bedingungslose Kapitulation von 1945.“⁸³

83 Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Gustav W. Heinemann: Zur Reichsgründung 1871. Zum 100. Geburtstag des ersten Deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, Bonn 1971, S. 4.